1. Voranschlag 2011 und Finanzplan 2012 - 2014 (08/BS 35/285)

Eintreten

Präsident: Der Grosse Rat hat gemäss § 39 der Kantonsverfassung über den Voranschlag zu beschliessen. Den Bericht der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission sowie die Berichte der GFK-Subkommissionen haben Sie vorgängig erhalten. Für die Tribünenbesucher liegen Kopien auf.

(Schriftliche, nicht vorgelesene Ausführungen)

Zusammensetzung der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission: Cornelia Komposch, Herdern (Präsidentin); Margrit Aerne, Lanterswil; Hansjürg Altwegg, Sulgen; Kurt Baumann, Sirnach; Josef Bieri, Kreuzlingen; Thomas Böhni, Frauenfeld; Cäcilia Bosshard, Wilen (Gottshaus); Heidi Grau, Zihlschlacht; Heinz Herzog, Arbon; Verena Herzog, Frauenfeld; Erwin Imhof, Bottighofen; Myrta Klarer, Sirnach; Peter Kummer, Oberaach; Walter Marty, Ellighausen; Richard Nägeli, Frauenfeld; Ueli Oswald, Berlingen; Norbert Senn, Romanshorn; Moritz Tanner, Winden; Sonja Wiesmann Schätzle, Wigoltingen; Katharina Winiger, Frauenfeld; Daniel Wittwer, Sitterdorf.

Die Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission

- stellt fest, dass Eintreten gemäss § 39 der Kantonsverfassung obligatorisch ist;
- beantragt dem Grossen Rat Kenntnisnahme des Schlussantrages zu Ziffer 3.1 betreffend das strategische Konzept Bauprojekte der Spital Thurgau AG mit zwei Hauptstandorten Frauenfeld und Münsterlingen;
- stimmt den Beschlussesanträgen zu den Ziffern 1, 2, 3.1 und 3.2, 4.1 bis 4.7, 5 bis 10 des Regierungsrates zu;
- nimmt den Finanzplan 2012 - 2014 zur Kenntnis.

Am 30. September 2010 präsentierte der Regierungsrat dem Parlament und der Öffentlichkeit fristgerecht den Voranschlag 2011 und den Finanzplan 2012 - 2014. Bis zum Eintreten am 8. Dezember 2010 verbleiben den Mitgliedern des Parlamentes, den Fraktionen und der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission (GFK) neun Wochen, um sich mit dem Voranschlag 2011 und dem Finanzplan 2012 - 2014 zu befassen und die mit dem Voranschlag verbundenen Anträge des Regierungsrates zu prüfen.

Die GFK hat sich nach der Sitzung zum Eintreten, zu der das Grossratspräsidium und die Fraktionspräsidien zusätzlich eingeladen waren, an sechs weiteren Gesamtsitzungen eingehend mit dem Voranschlag und dem Finanzplan sowie den Beschlussesanträgen auseinander gesetzt. Die fünf Subkommissionen trafen sich im Vorfeld der Gesamtsitzungen zudem zu je zwei Sitzungen für die Detailberatungen des jeweiligen Departementes. Die zum Teil neu zusammengesetzten Subkommissionen nahmen ihre Aufgabe äusserst engagiert und kompetent wahr.

Die GFK stellt fest, dass die Botschaft in Form des Voranschlages, Anhang I (Zahlenteil) und Anhang II (Finanzplan) in einer hohen Qualität vorliegt und im Speziellen ihrem Wunsch nach einer Stellenstatistik (gelbe Seite 12) nachkommt. Der klar strukturierte Aufbau der Budgetbotschaft, dessen hoher Informationsgrad und die Zusatzbotschaften

- strategisches Konzept Bauprojekte der Spital Thurgau AG 2010 - 2018, (Interner Bericht Dr. Marc Kohler und Externer Bericht Dr. oec. HSG Willy Oggier), DFS
- Regierungsgebäude Frauenfeld, Sanierung und Neustrukturierung, DBU
- Neubau Werkhof Eschlikon, Erstellen einer Photovoltaikanlage auf dem Dach des neuen Werkhofs, DBU
- Berg, Bahnunterführung Kehlhof, DBU

bewirken ein hohes Mass an Transparenz und erleichtern die Beratungen.

Die GFK dankt den Mitgliedern des Regierungsrates sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die ausserordentlich gute Arbeit. Die GFK hat auf ihre Fragen eingehende Auskünfte erhalten und wurde auf Wunsch mit zusätzlichen Informationen in Form von Protokollnachträgen bedient. Auch dafür gebührt dem Regierungsrat Anerkennung und Dank.

Die Gesamtkommission legte für die Beratungen in den Subkommissionen folgende Schwerpunkte für alle Departemente fest: Departementale Zielvorgaben 2011; Analyse Stellenetat 2011; Fokus Sachaufwand 2011.

Die GFK ist davon überzeugt, dass eine umfassende Budgetdiskussion erst nach Kenntnisnahme der departementalen Zielvorgaben des Folgejahres möglich ist, und schenkt dieser Gesamtschau künftig grosse Beachtung.

Die Beratungen in der Gesamtkommission wurden in Form einer Session abgehalten, was bedeutet, dass in der Regel zwei Departemente je Halbtage beraten wurden. Diese Vorgehensweise verlangte von den GFK-Mitgliedern einerseits eine konzentrierte und profunde Vorbereitung und andererseits Durchhaltevermögen und Flexibilität an den jeweiligen Sessionstagen. Die Beratungen verliefen effizient und in einer guten Diskussionskultur. Der zum Teil enge Zeitplan war in einzelnen Sitzungen mitunter spürbar. Nebst Detailfragen zu einzelnen Budgetpositionen betrafen viele Diskussionspunkte strategische respektive zukunftsgerichtete Fragen und Klärung von Zusammenhängen, was dem Grundauftrag der GFK entspricht. Die Diskussionen zeigten im Weiteren, dass es allen Beteiligten ein Anliegen ist, den Kanton gemeinsam vorwärts zu bringen.

Eintreten ist gemäss Verfassung obligatorisch.

Präsident: Allfällige generelle Kürzungs- und Erhöhungsanträge zum Voranschlag 2011 sind heute unmittelbar nach dem Eintreten zu stellen und zu behandeln. Bei Gutheissung führen sie zwangsläufig zu einer Rückweisung des Budgets, sei es an den Regierungsrat oder an die Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission, weil sich solche Anträge auf keine konkrete Budgetposition oder kein konkretes Globalbudget beziehen.

Das Wort hat zuerst die Präsidentin der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission für ihre einleitenden Bemerkungen zum Eintreten.

Kommissionspräsidentin **Komposch**, SP: Mit dem vorliegenden Bericht zum Voranschlag 2011 und zum Finanzplan 2012 - 2014 habe ich versucht, den intensiv geführten Debatten in der Kommission Rechnung zu tragen und die Haltung der GFK in einer Zusammenfassung wiederzugeben. Der Bericht äussert sich zu den Kernelementen eines Budgets und Finanzplanes und wird durch die aufschlussreichen Subkommissionsberichte ergänzt. Wir beraten heute und vor allem an der nächsten Sitzung das Budget und den Finanzplan. Ein Budget notabene, das von verschiedenen gewichtigen Geschäften geprägt ist, die zum Teil nicht beeinflussbar sind. Ein Budget aber auch, das dennoch in seiner Gesamtheit als ausgeglichen, zielstrebig und äusserst innovativ bezeichnet werden darf. Hier und jetzt verstehe ich meine Aufgabe nicht in repetitiven Ausführungen zu meinem Bericht. Viel mehr möchte ich das Rednerpult den Fraktionssprecherinnen und -sprechern für ihre Stellungnahmen freigeben. Ich werde mir je nach Verlauf der Eintretensdebatte ein Abschlussvotum vorbehalten. Die Mitglieder der GFK haben unter neuer Regie und bei veränderten Rahmenbedingungen, ich meine damit die Teilsession, hervorragende und effiziente Arbeit geleistet. Sie haben Flexibilität bewiesen, sich vertieft mit den einzelnen Departementen auseinandergesetzt, kamen vorbereitet in die Gesamtsitzung und diskutierten engagiert. Und sie taten das in einer von gegenseitigem Respekt geprägten Art und Weise. Dafür möchte ich meiner Kommission ein Kränzchen winden und danken. Ebenso danke ich dem Regierungsrat und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie dem Parlamentsdienst und dem Personalamt für die Unterstützung und die Flexibilität. Letztere sorgen für die Organisation und Koordination der Sitzungen und unser leibliches Wohl. Dem Regierungsrat danke ich auch ganz besonders für seine Informationsbereitschaft und Transparenz. Die Zusammenarbeit und das Klima in der GFK sind erfreulich. Da verträgt es durchaus unterschiedliche Ansichten und markige Worte.

Kummer, SVP: Im Namen der SVP-Fraktion danke ich dem Regierungsrat und der Verwaltung für die Erarbeitung der umfassenden und übersichtlichen Unterlagen zum Voranschlag 2011 und zum Finanzplan 2012 - 2014. Die SVP-Fraktion ist erfreut, dass der Regierungsrat trotz der Revision des Steuergesetzes und der Reduktion des Steuerfusses, die im kommenden Jahr voll wirksam werden, ein fast ausgeglichenes Budget präsentiert. Einerseits widerspiegelt der Voranschlag die sehr gute finanzielle Lage unseres Kantons, andererseits kann dank der schnellen Erholung der Thurgauer Wirtschaft auch mit einem guten Steuerertrag gerechnet werden. Nachdenklich dagegen stimmen uns die grossen Kostensteigerungen beim Aufwand. Der liquiditätswirksame Aufwand steigt um 47,7 Millionen Franken oder 3,8 %. Der Regierungsrat setzte sich eine Steigerung von 2,0 % zum Ziel. Da frage ich mich, wie die Stabilitätsziele erreicht werden können.

Beim Personalkostenwachstum ist eine Steigerung von 2,8 % vorgesehen. Neben den gerechtfertigten Lohnerhöhungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird die Kostensteigerung vor allem durch neue Stellen verursacht. Die Schaffung von 26 neuen ordentlichen und zusätzlich 37 befristeten Stellen ist nach Ansicht der SVP-Fraktion absolut übertrieben. Besonders die 14 neuen Stellen in der Zentralverwaltung fallen auf. Ich habe schon letztes Jahr die hohe Stellenzunahme kritisiert und die Frage gestellt, ob es auch Arbeiten gebe, die nicht mehr unbedingt nötig seien. Wir forderten den Regierungsrat und die Amtsleiterinnen und -leiter auf, die Leistungsaufträge zu überprüfen und, wo es möglich ist, auch zu handeln. Leider ohne grossen Erfolg, wie der Voranschlag 2011 zeigt. Nach der Aufstockung von 31 Stellen im letzten Budget sind wieder neue Stellen vorgesehen. Damit das nicht so weitergeht, fordert die SVP-Fraktion den Regierungsrat auf, einen Personalstopp für den Voranschlag 2012 zu erlassen, ausgenommen bei der Polizei und den Lehrkräften. Der Sachaufwand steigt mit 3,1 % wieder stark an. Da wiederhole ich gerne meine scheinbar nicht gehörten Bemerkungen zum letzten Voranschlag. Sie gelten auch für das Budget 2011: "Der Sachaufwand steigt wiederum stark an. Währenddem er in den Jahren 2003 - 2007 praktisch konstant blieb, waren im Budget 2009 4,6 % und sind im Voranschlag 2010 4,2 % mehr budgetiert." Es ist nachvollziehbar, dass mehr Arbeitsplätze zusätzliche Mittel im Sachaufwand erfordern. Aber auch da muss eine Stabilisierung erfolgen. Wir hoffen, dass der Regierungsrat im nächsten Voranschlag seine eigene Vorgabe von einem Nullwachstum beim Sachaufwand durchsetzt. Sehr gut entwickeln sich die Steuereinnahmen. Die Revision des Steuergesetzes und die Reduktion des Steuerfusses haben sich positiv ausgewirkt, liegen doch die budgetierten Einnahmen wieder über dem Niveau des Jahres 2008. Das zeigt aber auch auf, dass die Steuerzahlerinnen und -zahler nur marginal entlastet wurden. Der Steuerertrag 2010 wird voraussichtlich um 40 Millionen Franken höher liegen als budgetiert. Im Vergleich zu diesem wahrscheinlichen Ertrag wurden die Erträge für 2011 doch recht vorsichtig budgetiert. Auch die übrigen Einnahmen wie Gebühren, Bussen usw. steigen mit 3,7 % stark an. Da stellt sich die Frage, ob das künftig so weitergeht. Die geplanten Investitionen erreichen mit brutto 141 Millionen Franken einen neuen Höchststand. Sie werden von unserer Fraktion voll unterstützt, da die nötigen Eigenmittel vorhanden sind. Der Selbstfinanzierungsgrad wird durchschnittlich über 100 % bleiben. Im Finanzplan sehen wir, dass für die nächsten drei Jahre Defizite und noch höhere Investitionsausgaben geplant sind. Dank der hohen finanziellen Reserve können die geplanten Aufgaben und Infrastrukturen finanziert werden. Das Eigenkapital wird nach drei eventuellen Jahresrückschlägen von 30 Millionen Franken und Nettoinvestitionen von 100 Millionen Franken pro Jahr immer noch 221 Millionen Franken betragen. Die SVP-Fraktion unterstützt den vorliegenden Voranschlag und den Finanzplan. Wenn der Regierungsrat und die Verwaltung unsere Kritik ernst nehmen und wie gewohnt haushälterisch mit dem Geld umgehen, dürfen wir uns auch 2011 auf einen positiven Jahresabschluss freuen.

Haag, CVP/GLP: Die CVP/GLP-Fraktion ist erfreut, dass wiederum ein ausgeglichenes Budget präsentiert werden kann. Es zeigt insbesondere, dass es auch ohne die Steuer-Initiative geht. Das ist umso erfreulicher, als es die sehr gesunde Finanzlage unseres Kantons widerspiegelt. Schaut man über die Landesgrenzen hinaus, sieht man bei der Finanzlage einiger Staaten erschreckende und besorgniserregende Tendenzen, die Auswirkungen auf die EU, den Euro und somit auf unser unmittelbares Umfeld und die wichtigsten Wirtschaftspartner haben. Nicht nur der Neid auf das funktionierende System der Schweiz wird zunehmen und der Druck auf unser attraktives Modell aufgebaut werden, sondern auch unsere Wirtschaft und mit ihr unsere Arbeitsplätze und Steuereinnahmen werden es mittelbar und unmittelbar zu spüren bekommen. Es liegt der Verdacht nahe, dass wie bereits in den Jahren zuvor zu vorsichtig budgetiert wurde, was das Bild verzerrt und die Handlungsfähigkeit einschränkt, auch wenn wir dafür ein gewisses Verständnis haben. Wir anerkennen, dass grosse finanzielle Herausforderungen auf unseren Kanton zukommen, die im Finanzplan noch gar nicht berücksichtigt sind. Wir glauben aber, dass wir dazu genügend gewappnet und alle sichtbaren und eingenähten Taschen gefüllt sind. Das Aufgabenwachstum in der laufenden Rechnung ist mit fast 4 % deutlich zu hoch. Will man das zu erwartende Wachstum des schweizerischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) für das Jahr 2011 als Vergleichsgrösse heranziehen, so ist dieses lediglich mit einem Anstieg von 1,8 % prognostiziert. Auch die Personalkosten zeigen kein erfreuliches Bild. Ein Zuwachs von einer Million Franken oder 2,8 % ist ebenfalls zu hoch, auch wenn ich überzeugt bin davon, dass jede einzelne neue Stelle gut begründet ist. Noch immer fehlt uns aber die Anstrengung, nicht nur die neuen benötigten Stellen zu begründen, sondern auch sämtliche bestehenden Arbeitsplätze auf ihren Leistungsauftrag und ihre Notwendigkeit zu überprüfen. Die CVP/GLP-Fraktion ist der Meinung, dass die Finanzplanung langfristig vorgenommen werden muss und kurzfristige und heftige Korrekturen mehr schaden als nützen. Idealerweise kann sich der Kanton antizyklisch zur Wirtschaft verhalten, um sie entsprechend zu stützen oder zu entlasten. Für das Jahr 2011 sieht es allerdings eher danach aus, als dass sich der Kanton zyklisch mit der Wirtschaft bewegt, auch wenn die geplanten Investitionen von 141 Millionen Franken, welche in der gesamten Wertschöpfungskette viele Arbeitsplätze erhalten werden, sehr zu begrüßen sind. Die CVP/GLP-Fraktion ruft den Regierungsrat auf, wachsam und umsichtig zu sein und früh auf mögliche Veränderungen im wirtschaftlichen Umfeld zu reagieren. Die Zyklen sind in kürzerem Abstand und mit grösseren Ausschlägen zu erwarten. Wir müssen schnell und flexibel handeln können.

Winiger, GP: Wenn wir uns die Eckdaten mit laufender Rechnung, Investitionsrechnung und Gesamtrechnung ansehen und sie mit dem Finanzplan 2011 vergleichen, kann ich nur sagen: Wir kommen noch einmal mit einem blauen Auge davon, und das, obwohl Investitionen in Rekordhöhe geplant sind. Wie erwartet werden die geplanten Stellenerhöhungen kritisiert. Aus diesem Grund möchte ich mich vor allem mit diesem Thema aus-

einandersetzen. Wenn wir die zusätzlichen Stellen bei den Lehrpersonen und den Gerichten ausser Acht lassen, müssen uns vor allem die 14 neuen Stellen in der Zentralverwaltung interessieren. In der GFK war die Rede davon, dass neue Stellen an anderen Orten wieder kompensiert werden müssen. Ich darf mit Schmunzeln daran erinnern, dass vor wenigen Jahren die GP-Fraktion forderte: Neue Zöpfe flechten, die alten abschneiden. Inzwischen sind wir wieder einen Schritt weiter und haben gemerkt, dass durchaus immer wieder einmal Stellenprozente frei, aber gleich in den Ämtern weiterverschoben werden. Damit stellt sich die entscheidende Frage: Gibt es tatsächlich immer neue oder sich ausweitende Aufgaben, oder werden die gleichbleibenden Aufgaben einfach auf immer mehr Schultern verteilt? Am ehesten könnten die Mitglieder der GFK diese Frage beantworten. Die Subkommissionen haben die Stellenbegehren geprüft und keine Gründe für eine deutliche Ablehnung gefunden. Persönlich bin ich für das DIV überzeugt davon, dass die beantragten Stellen nötig sind und auch jetzt noch keine verschwenderischen Personalressourcen bestehen. Meines Erachtens bleibt aber ein Rest von Unsicherheit. Als GFK oder Grosser Rat haben wir wenige Chancen, die Stellenpolitik bis ins Detail zu beurteilen. Es bleibt uns allen letztendlich nur der Vergleich mit anderen Kantonsverwaltungen. Wie dieser aussieht, ist dem Parlament bekannt. Das Stichwort "Personalressourcen" leitet über zum Thema "Lohnerhöhungen", das zwar erst beim nächsten Traktandum behandelt wird. Weil aber Lohnerhöhungen in engem Zusammenhang zu den Stellenerhöhungen stehen, erlaube ich mir, an dieser Stelle einige Ausführungen zu machen. *Personalthurgau* ist mit der generellen Lohnerhöhung von 1 % und einer individuellen Lohnerhöhung von ebenfalls 1 % nicht zufrieden. Im Vergleich zur Privatwirtschaft sind die Lohnerhöhungen beim Kanton in den schwierigen letzten Jahren höher ausgefallen. Das ist für die GP-Fraktion akzeptabel, vor allem auch im Wissen darum, dass im Falle eines wirtschaftlichen Aufschwunges die Löhne des Kantons wohl kaum mit denen der Privatwirtschaft mithalten können. Ich schlage den Bogen nochmals zu den Stellenerhöhungen. Wir sind überzeugt davon, dass eine entspanntere Personalsituation den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kantonalen Verwaltung mehr nützt als grössere Lohnerhöhungen. Die GP-Fraktion akzeptiert die geplanten Stellenerhöhungen und steht im Wesentlichen hinter dem vorgelegten Budget. Im Wesentlichen heisst das, dass wir uns gestatten werden, Anträge zu stellen. Wir stehen auch hinter den vorgeschlagenen Lohnmassnahmen.

Wittwer, EVP/EDU: Die EVP/EDU-Fraktion spricht dem Regierungsrat einen grossen Dank für das vorliegende Budget und den Finanzplan aus. Obwohl wir die Prioritäten gelegentlich anders setzen würden, anerkennen wir, dass der Regierungsrat bemüht ist, seine Aufgaben meist gut und kostengünstig zu erledigen. Unsere Fraktion hat das Budget und den Finanzplan beraten und stimmt dem Beschlussesentwurf in allen Punkten zu. Die EVP/EDU-Fraktion setzt sich fortlaufend kritisch mit den politischen Geschäften auseinander und meldet sich entsprechend zu Wort, wenn sie mit dem Vorgehen des

Regierungsrates nicht einverstanden ist. Oftmals genügt jedoch ein klärendes Gespräch oder eine Frage an die GFK. Darum meine Frage an die Mitglieder der SVP und FDP: Warum kritisieren Sie den hohen Personal- und Sachaufwand? Es löst bei uns Fragezeichen aus, wenn die Fraktionen der SVP und der FDP, die mit 69 von 130 Sitzen die Mehrheit im Rat, mit 12 von 21 Mitgliedern die Mehrheit in der GFK und mit 3 von 5 Regierungsräten die Mehrheit im Regierungsrat stellen, sich kritisch gegen die Personalkosten und den Sachaufwand äussern. Wir hätten die Entwicklung der Finanzen im Thurgau in der Hand. Das Budget ist ein Spiegel unseres Handelns im und ausserhalb des Rathauses. Eine selbstkritische Beurteilung wäre somit zwingend, wenn sich wirklich etwas ändern soll. Es gibt fast keine Stelle, die durch das Verhalten des Rates nicht beeinflusst werden könnte. Die GFK hat sich sehr intensiv mit den Fakten und den Hintergründen des Budgets befasst. Ohne eine Gegenstimme und ohne eine Enthaltung hat die GFK den Beschlüssen zugestimmt. Irgendwo geht Quantität nicht mit Qualität überein. Spätestens dann, wenn die Einen in der grossen SVP nicht mehr wissen, was die Anderen tun, kann es gefährlich werden. 51 Mitglieder unseres Rates sitzen auf einem Ast, und es genügt, wenn nur eines daran sägt. Einsicht ist bekanntlich der beste Weg zur Besserung. Bitte nehmen Sie heute die Gelegenheit wahr und reden Sie nicht nur von Verbesserung, sondern tun Sie etwas dafür. Eine effiziente Verwaltung kann nur dann zur Realität werden, wenn dem Aspekt Qualität das grössere Gewicht als der Quantität beigemessen wird. Als Mitglied der GFK werde ich mich dafür einsetzen, dass die Finanzabteilung des Kantons nie auf die Palliativ-Care-Abteilung zu liegen kommt. Ich würde mich freuen, wenn sich viele Mitglieder des Grossen Rates dieser Absicht anschliessen könnten. Der Regierungsrat hat die Bereitschaft dazu signalisiert. Die EVP/EDU-Fraktion wird sich am vorliegenden Budget orientieren und abweichende Anträge nicht unterstützen.

Richard Nägeli, FDP: Die FDP-Fraktion dankt für die hervorragenden Unterlagen, welche vor allem im strategischen Teil immer wieder verbessert wurden. Zusammen mit der offenen Haltung des Regierungsrates und der Verwaltung gegenüber zusätzlichen Fragen verfügten wir über sämtliche Informationen, die zum Zeitpunkt der Beratung gewünscht waren. Sehr wertvoll sind auch die erstmals von den Departementsvorsteherinnen und -vorstehern systematisch bekanntgegebenen Herausforderungen und Zielvorgaben für das Budgetjahr. Diese transparente und partnerschaftliche Offenheit verdient unseren speziellen Dank und unsere Anerkennung. Die in den letzten Jahren spürbar stärkere Gewichtung der strategischen Fragen stärkt die Zusammenarbeit zwischen dem Regierungsrat und dem Parlament. Etwas erstaunt sind wir über das Ergebnis der budgetierten Rechnung. Wir wissen, dass die Trendanalyse Mitte 2010 einen Ertragsüberschuss für das Rechnungsjahr 2010 ergeben hat, welcher 55 Millionen Franken bis 65 Millionen Franken über dem ursprünglichen Budget liegen wird. Dazu gratulieren wir. Überträgt man diese verbesserte Ausgangslage auf das Budget 2011, so müsste die

Rechnung mit etwa 30 Millionen Franken Ertragsüberschuss und die Investitionsrechnung etwa ausgeglichen budgetiert sein. Aufgrund der zu erwartenden Lohnrunde dürften die Steuern noch einen zusätzlich positiven Einfluss ausüben. Wir werden also eine höchst erfreuliche Rechnung erleben, sofern der Regierungsrat nicht zu nachgiebig und das Parlament nicht zu fahrlässig ist. Beides nehme ich nicht an. Die Investitionen befinden sich auf einem hohen Niveau. Mit dem Voranschlag 2011 bewilligen wir Ausgaben von 7,35 Millionen Franken für Planungen und Projektvorbereitungen, welche in der Folge weitere Planungs- und Projektkredite im Umfang von rund 180 Millionen Franken nach sich ziehen, davon über 110 Millionen Franken für die Spitäler. Auch wenn wir die weiteren Kredite erst später bewilligen werden, müssen wir uns bewusst sein, dass eine spätere Zurückweisung eine enorme Geldverschwendung bedeuten würde. Unsere Fraktion steht grundsätzlich hinter den Projekten. Die definitiven Kosten werden wir bei den konkreten Kreditbeschlüssen sorgfältig prüfen. Besorgt nehmen auch wir das Wachstum von 25 neuen Stellen ohne die zusätzlichen Stellen bei der Polizei zur Kenntnis. Dazu kommen noch 37 befristete Stellen. Wir akzeptieren, dass in einzelnen Bereichen immer wieder ein Mehrbedarf ausgewiesen ist, kritisieren jedoch, dass bei über 2'400 Stellen keine entsprechende Kompensation erfolgte. Der Regierungsrat ist gefordert, sich auf das Notwendige zu beschränken und auf das Wünschbare zu verzichten. Wir fordern eine Kompensation von Stellen in den nächsten Jahren. Die Verwaltung und der Regierungsrat sollen die Prioritäten für die Rückstufung evaluieren. Ebenso besorgt sind wir über die starke Aufwandsteigerung, welche mit dem Stellenwachstum zusammenhängt. Aber auch der Sachaufwand ist gegenüber dem Budget 2010 um 3,1 % und gegenüber der Rechnung 2009 gar um 8,4 % angestiegen. Der massgebende liquiditätswirksame Aufwand I steigt ebenfalls in einem besorgniserregenden Tempo, nämlich um 3,85 % gegenüber dem Budget 2010 und um 7,7 % gegenüber der Rechnung 2009. Und dies bei einem Wirtschaftswachstum, das einiges unter diesen Werten prognostiziert ist. Der Regierungsrat hat dem Voranschlag selbst ein nominales Wirtschaftswachstum von 2,5 % zugrunde gelegt. Das darf so nicht weitergehen. Wir fordern eine restriktive Haltung des Regierungsrates, sodass die definitive Rechnung innerhalb des Wirtschaftswachstums abschliessen wird. Für zukünftige Budgets fordern wir eine straffe Ausgabendisziplin. Bei ungenügenden Resultaten fassen wir eine spätere Budgetrückweisung ins Auge. Der Regierungsrat hat sich gemäss Hauptzielsetzungen für den Finanzplan 2012 - 2014 vorgenommen, dass sich die Gesamtausgaben maximal im Rahmen des Wirtschaftswachstums entwickeln dürfen. Leider zeigt der Finanzplan eine andere Entwicklung auf. Währenddem die geplanten Ausgaben im Jahr 2012 nochmals um 4,4 % steigen sollen, hat der Regierungsrat für das Jahr 2012 ein nominales Wirtschaftswachstum von 3,5 % angenommen. Auch hier zeigt sich eine unakzeptable Diskrepanz. Wir können den Finanzplan lediglich zur Kenntnis nehmen. Die Diskrepanz muss im Budget 2012 ausgeräumt werden. Für die Folgejahre 2013 und 2014 wird eine moderate Aufwandsteigerung von lediglich 1,2 % beziehungsweise 1,1 % bei einem Wirtschafts-

wachstum von je 3,5 % erwartet. Das wäre eine sehr erfreuliche Situation, blieben nicht die kritischen Fragen aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre. Schauen wir zurück, so finden wir im Finanzplan 2010 - 2012 eine geplante Aufwandsteigerung von lediglich 1,5 % für das Jahr 2012 vor. Aktuell sind es wie erwähnt 4,4 %. Wir erwarten, dass sich der Regierungsrat beim Ausgabenwachstum am aktuellen Finanzplan orientiert. Das nominale Wirtschaftswachstum könnte ohnehin noch tiefer ausfallen. Die FDP-Fraktion wird allen Anträgen der GFK zustimmen.

Bruggmann, SP: Die SP-Fraktion freut sich über das ausgeglichene Budget. Wir freuen uns auch, dass der Thurgau finanziell gut dasteht, über die Investitionen in den öffentlichen Verkehr, über die relativ hohen Nettoinvestitionen und über eine gut funktionierende Verwaltung, die in nationalen Ratings gute Noten erhält. Das bringt uns weiter. Es gibt Kolleginnen und Kollegen im Rat, und da schaue ich auf die rechte Seite, die auch in einem solchen Budget Gründe für Pessimismus orten. Sparen Sie sich diesen für die kommenden Jahre auf, wenn die ganz grossen Brocken namens Pflegefinanzierung, neue Spitalfinanzierung usw. auf uns zukommen. Die Mehreinnahmen, die in die Kantonskasse fliessen, tun gut, wenn demnächst die Steuergerechtigkeits-Initiative der SP angenommen und bald die Pauschalbesteuerung auch im Thurgau abgeschafft wird. Aber solange unser Finanzminister öffentlich bekannt gibt, dass er auf solche zusätzlichen Steuermillionen verzichten will und kann, sehe ich weder schwarz noch einen Rutsch in die roten Zahlen. Und da klagen die so genannten Bürgerlichen wieder über die Kostensteigerung beim Personal- und Sachaufwand. Dabei blenden sie aus, dass für neue Aufgaben, die uns der Bund aufbürdet, auch mehr Stellen nötig sind. Wenn die bisherigen und neuen Aufgaben weiterhin gut erfüllt sein sollen, können nicht einfach an einem anderen Ort Stellen abgebaut werden. Wenn Sie mehr produzieren müssen, können Sie nicht weniger Leute einstellen, ausser Sie lassen Roboter für sich arbeiten. Aber auch diese müssen Sie erst einmal für teures Geld anschaffen. Ich weise gerne nochmals darauf hin, dass der Thurgau laut schweizweit durchgeführten Ratings eine der effizientesten Verwaltungen hat und dass kaum Einsparungen möglich sind. Wir müssen unserem Personal Sorge tragen, es ist unser höchstes Gut. Bei einer Abwanderung der guten Arbeitskräfte wird die Verwaltung weder effizienter noch billiger. Im Bericht der GFK-Subkommission zum Departement für Finanzen und Soziales lesen wir unter Konto 7110-7120 Personalamt: "Die Erhöhung des Indikators bei den Werbekosten pro Stelle wird mit den Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt begründet." Im Klartext: Es müssen mehr Inserate aufgegeben werden, und man muss länger suchen, bis man gute Leute findet. Zudem müssten überdurchschnittlich viele Stellen neu besetzt werden, steht da weiter. Das heisst, dass viele Leute schon gegangen sind. Dieser Hinweis sollte uns eigentlich die Augen öffnen. Die SP-Fraktion möchte das gute Personal behalten und die gute Arbeit auch würdigen, deshalb stellen wir nach dem Eintreten einen Antrag auf Erhöhung der Lohnsumme. Wir sind besorgt über die grosse Mehrbelastung, namentlich

die Pflegefinanzierung, die neue Spitalfinanzierung, der Schulbeitrag und weitere Aufgaben, die der Bund den Kantonen zuweist. Wir müssen darüber und nicht über den einen oder anderen Franken nachdenken, den wir beim Personal- oder beim Sachaufwand einsparen könnten. Wir sind auch besorgt über den Lehrstellenabbau, dort müsste doch aufgestockt werden. Der Mangel an gut ausgebildeten Arbeitskräften wird heute schon nach Kräften beklagt. Ebenfalls besorgt sind wir über die Unsicherheiten im Finanzplan 2012 - 2014 und fragen uns: Steigt der Staatssteuerertrag wirklich? Wie wirken sich die vorgesehenen Defizite und die Neuverschuldung aus? Welche neuen Aufgaben sind im Finanzplan noch nicht enthalten? Für uns kommt im Moment keine weitere Steuersenkung im Thurgau in Frage. Zuerst müssen die laufende Steuergesetzrevision verkräftet, die Wirtschaftlage analysiert und alle neuen Aufgaben finanziert werden. Eine wichtige Aufgabe ist auch der Steuerausgleich zwischen den Gemeinden, den wir schon lange fordern. Auch er wird Kosten verursachen. Die eifrigen Diskussionen und die sofort wieder dementierten Drohungen rund um die Steuergerechtigkeits-Initiative freuen uns ebenso wie die Diskussionen über die Abschaffung der Pauschalbesteuerung. Der eine oder andere "FDP-Otto" hat laut Sonntagspresse bereits gemerkt, dass in Sachen Steuergerechtigkeit endlich etwas passieren muss. Wir freuen uns, dass unsere Forderungen plötzlich auch von dieser Seite unterstützt werden.

Kommissionspräsidentin **Komposch**, SP: Die Entwicklung beim Personal- und Sachaufwand fällt tatsächlich auf. Nicht umsonst hat sich die GFK in den Schwerpunktthemen dieser Bereiche angenommen. Die Subkommissionen haben den Auftrag erhalten, genau hinzuschauen und die zuständigen Mitglieder des Regierungsrates diesbezüglich zu befragen. Wir haben von den jeweiligen Departementsvorsteherinnen und -vorstehern plausible Auskünfte erhalten. Bei anhaltendem Unmut konnte uns der Regierungsrat jedoch glaubhaft machen, dass diese Stellenentwicklung tatsächlich notwendig ist. Insofern sind keine Anträge an die GFK eingegangen. Die GFK steht einstimmig hinter dem Budget.

Regierungsrat **Koch**: Namens des Regierungsrates danke ich Ihnen für die gute Aufnahme des Voranschlages 2011. Wir sind überzeugt davon, dass der Kanton Thurgau mit dem Budget 2011 eine hervorragende Finanzlage ausweisen wird. Der Regierungsrat hat gehofft, die Zielsetzungen einhalten zu können. Es wurde mehrfach kritisiert, dass sowohl im Bereich des Personalaufwandes als auch im Bereich des Sachaufwandes die Zielsetzungen nicht eingehalten werden. Der Regierungsrat hat die Notwendigkeit jeder beantragten Stelle genauestens geprüft. Der Bund schiebt immer wieder Aufgaben an die Kantone ab, die zusätzliches Personal benötigen. Ein Blick zurück zeigt, dass der Bund bis im Jahr 2008 im Bereich der Heimfinanzierungen mitfinanzierte. Bereits damals haben wir gesagt, dass die NFA zusätzliche Stellen mit sich bringen wird. Die Finanzierung der Behindertenheime, der Sonderschulung, die Pflegefinanzierung und die Spital-

planung und -finanzierung gehen zu Lasten des Kantons. Im Bereich der Energie wurden die Beitragsleistungen des Kantons massiv erhöht. Zudem möchten wir die Palliative Care und das Mammografie-Screening umsetzen. Im Bereich des Tierschutzes wurden Neuerungen im Hundegesetz getroffen. Auch gibt es flankierende Massnahmen im Bereich der Schwarzarbeit. Es wurden eine neue Abteilung im Bereich Kind, Jugend und Familie geschaffen und zusätzliche Stellen im Bereich Ober- und Verwaltungsgericht bewilligt. Glücklicherweise haben wir jedes Jahr viele zusätzliche steuerpflichtige Personen sowie neue Anforderungen im Migrationsamt. Sie sehen, dass wir gefordert waren, und ich bin überzeugt davon, dass wir auch in Zukunft gefordert sein werden. Die kantonale Verwaltung ist ausserordentlich schlank und effizient. Gemäss einer neuen Studie der Universität St. Gallen hat der Kanton Thurgau im Bereich der Verwaltung Ausgaben von Fr. 11'000.-- pro Kopf der Bevölkerung, der schweizweite Schnitt liegt bei Fr. 14'000.--. Auch im Wachstum lag der Kanton Thurgau in den Jahren 2000 - 2007 mit 2,6 % im Durchschnitt. Wir stehen vor allem im Bereich der allgemeinen Verwaltung mit Fr. 636.-- pro Einwohnerin und Einwohner an erster Stelle. Der Kanton Basel-Stadt hat Kosten von Fr. 6'268.-- pro Kopf, das schweizweite Mittel liegt bei Fr. 1'126.--. Der Kanton Thurgau liegt in allen Bereichen unter dem schweizerischen Durchschnitt. Ich möchte damit aufzeigen, dass wir unsere Aufgaben auf einem hohen Stand mit einer günstigen Verwaltung erfüllen. Die Gemeinden kann ich da auch einbeziehen. Wir hören die Forderung der SVP-Fraktion. Im Bereich des Sachaufwandes haben wir unsere Zielsetzungen nicht ganz erreicht. Es sind verschiedene Positionen daran "schuld": Bei der Informatik hatten wir Nachholbedarf. Im Bereich der Polizei erfolgte ein höherer Materialbedarf. Der Umzug aus dem Verwaltungsgebäude und wieder zurück führte in den vergangenen Jahren zu erhöhten Ausgaben. Nun stehen wir vor dem Umzug aus dem Regierungsgebäude. Im Bereich der Steuerverwaltung wurden Anteile an den Betriebskosten der Gemeinden übernommen. Die Investitionen wurden in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Wie ich aus den Voten höre, begrüssen Sie die Investitionen ausdrücklich. Wenn wir in die Zukunft blicken, haben wir nur eine Unsicherheit in der Spitalfinanzierung, da wir nicht genau wissen, wie die Investitionen im Bereich Spitäler umgesetzt werden. Der Steuerertrag ist ausserordentlich erfreulich. Wenn wir die Ressourcenkraft mit anderen Kantonen vergleichen, sehen wir einen Unterschied, denn das Volkseinkommen in unserem Kanton ist sehr tief. Das Jahr 2010 zeigt, dass wir bei den Steuereinnahmen im Bereich der juristischen Personen einen leichten Zuwachs verzeichnen können. Das freut uns sehr. Bei den budgetierten Steuereinnahmen wurden die Steuergesetzrevision und auch ein Zuwachs von rund 2 % mit berücksichtigt. Der Rechnungsabschluss 2010 wird erfreulich ausfallen, nicht aufgrund tieferer Ausgaben, sondern aufgrund höherer Einnahmen. Das Budget 2011 ist geprägt von sehr vielen Liegenschaftsgeschäften. Wir sind der GFK sehr dankbar, dass sie diesen zustimmt. Mit dem Budget 2011 wird auch im Bereich der Spitäler Klarheit geschaffen. Im Jahr 2012 werden uns zwei Bereiche ausserordentlich belasten, die wir grundsätzlich nicht beeinflussen können. Einerseits ist es die

Schulfinanzierung, bei der wir von Mehrkosten von 28 Millionen Franken ausgehen, andererseits wird uns die Spitalfinanzierung mit Mehrkosten von 25 Millionen Franken belasten. Diese Mehrkosten von rund 50 Millionen Franken entsprechen alleine 3 %. Im Jahr 2012 gehen wir von Mehrkosten von etwa 4,4 % aus. Damit bleiben noch 1,5 % für die restlichen Ausgaben. Wie der Regierungsrat im Finanzplan aufzeigt, geht er von keiner Neuverschuldung aus. Das Nettovermögen wird in den nächsten Jahren um rund 200 Millionen Franken abgebaut und beim Eigenkapital werden 100 Millionen Franken eingesetzt. In den vergangenen Jahren haben wir Reserven und Muskeln, aber kein Fett aufgebaut. Von diesen können wir in den nächsten Jahren zehren. Wir führen heute keine Diskussion zur Steuergerechtigkeits-Initiative oder zur Pauschalbesteuerung. Ich bitte Sie trotzdem um Verständnis, dass sich der Regierungsrat gegen das Diktat aus Bern wehrt. Wenn wir sagen, dass wir die 35 Millionen Franken nicht benötigen, kommen sofort Forderungen, wie der Regierungsrat diesen Betrag ausgeben könnte. Ich danke Ihnen für das Eintreten auf das Budget und die Kenntnisnahme des Finanzplanes.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Eintreten ist gemäss § 39 der Kantonsverfassung **obligatorisch.**

Präsident: Wie bereits zu Beginn der Eintretensdebatte erwähnt, besteht jetzt die Möglichkeit, generelle Kürzungs- und Erhöhungsanträge zum Voranschlag 2011 zu stellen.

Kern, SP: Trotz der vergangenen Finanzkrise und dem daraus resultierenden schwierigen wirtschaftlichen Umfeld weist der Kanton Thurgau ein ausgeglichenes Budget vor. Dass es mit der Wirtschaft wieder aufwärts geht, ist auch daraus ersichtlich, dass in allen Branchen die Löhne für das kommende Jahr steigen. Das ist gut so, zeigt es doch die Wertschätzung der Patrons gegenüber ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die auch während der Krise alles gegeben haben, damit es zu positiven Abschlüssen gekommen ist. Auch in unserem Kanton ist ein gutes Salär ein Teil dieser Wertschätzung. Es müssen ja nicht gerade 10 % wie bei "Google" sein, doch darf es schon ein bisschen mehr sein als das, was der Regierungsrat vorschlägt. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass die Anpassung der Gehälter nicht nur über die individuelle Lohnerhöhung geschehen darf. Ebenso bräuchte es eine Erhöhung beim generellen Lohnanteil. Hier ist der Regierungsrat wirklich gefordert. Der Grosse Rat hat dazu nichts zu sagen. Die SP-Fraktion stellt den **Antrag**, die Lohnsumme um 1 % zu erhöhen, damit der individuelle Lohnanteil 2 % betragen kann. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung.

Bosshard, CVP/GLP: Nach intensiver Diskussion über die allgemeine aktuelle Lohnentwicklung, die Wettbewerbsfähigkeit des Kantons auf dem Arbeitsmarkt und der Gesamtbeurteilung der Personalpolitik mit der vorgesehenen Realloohnerhöhung von 1 % unterstützt die CVP/GLP-Fraktion den Antrag des Regierungsrates in Bezug auf den zur Verfügung stehenden Betrag von 1 % der Lohnsumme für leistungsbezogene, individuelle

Lohnanpassungen. Falls sich die Wettbewerbsfähigkeit des Kantons auf dem Arbeitsmarkt tatsächlich verschlechtern sollte - wir denken da zum Beispiel an die Lehrermüsste die Situation beispielsweise beim Basislohn grundlegend angegangen werden. Sie könnte mit leistungsbezogenen Lohnanpassungen, wie sie jetzt zur Diskussion stehen, nicht gelöst werden. Berücksichtigen wir bereits eingeführte Lohnnebenleistungen ebenso wie die nicht lohnwirksamen Leistungsprämien bei einer prognostizierten durchschnittlichen Jahreststeuerung von knapp 1 %, ist das Begehren des Regierungsrates, 1 % der Lohnsumme für individuelle, leistungsbezogene Lohnanpassungen zur Verfügung zu haben, angemessen. Die CVP/GLP-Fraktion unterstützt darum den Antrag des Regierungsrates einstimmig.

Präsident: Es gibt eine kleine Verwirrung, zu welchem Antrag wir überhaupt sprechen. Kantonsrätin Barbara Kern hat den Antrag gestellt, die Lohnsumme um 2 % und nicht nur um 1 % zu erhöhen; das Thema ist in Traktandum 2 vorgesehen. Die SP-Fraktion hat diesen Antrag aber vor Jahren schon einmal gestellt und ist dann abgeblitzt. Damals gab man der SP-Fraktion zu verstehen, dass sie diesen Antrag vor der Beratung des Beschlussesentwurfs zu den individuellen, leistungsbezogenen Lohnanpassungen hätte stellen müssen, weil die Lohnsumme sonst nicht zur Verfügung steht. Darum soll über den Antrag Kern jetzt diskutiert und abgestimmt werden. Anschliessend werden wir das nächste Traktandum in Angriff nehmen.

Dr. Munz, FDP: Verschiedenes kommt mir in den Sinn: Dass der Regierungsrat die generellen Lohnerhöhungen festlegt, ist geltendes Recht. Ich verweise auf § 10 a der Besoldungsverordnung des Grossen Rates. Das ist eine Kompetenz, die man mit der Aufstockung des Budgets nicht aushebeln kann und darf. Man müsste eine Motion mit dem Ziel einreichen, die betreffende Verordnung zu ändern. Mich interessiert überdies, von Regierungsrat Koch zu erfahren, wie es sich verhält: Da sind doch auch Positionen inbegriffen, die in Globalbudgets fliessen. Diesbezüglich bin ich aufgrund früherer Debatten zu diesem Thema der Meinung, dass eigentlich ein Rückweisungsantrag das Richtige wäre. Kantonsrätin Kern stellt einen "Giesskannenantrag", der einfach flächendeckend Geld verteilen will. Das geht in meinen Augen nicht. Ich bitte Sie, den Antrag Kern abzulehnen.

Stephan Tobler, SVP: Ich schliesse mich dem Votum von Kantonsrat Dr. Hans Munz an. Wir haben früher auch schon in die andere Richtung diskutiert: Als ein Teil des Grossen Rates wünschte, dass die Summe, welche der Regierungsrat für die generelle Lohnerhöhung vorschlug, zu reduzieren sei, hiess es damals, dass dies nicht in der Kompetenz des Grossen Rates, sondern in derjenigen des Regierungsrates liege. Genau gleich verhält es sich auch heute. Die Kompetenz des Regierungsrates ist gesetzlich verankert. Deshalb ist der Antrag Kern aus meiner Sicht nicht zulässig. Man müsste zu-

erst die gesetzlichen Grundlagen verändern. Ich bitte Sie ebenfalls, den Antrag Kern abzulehnen.

Regierungsrat **Koch**: Der Antrag Kern möchte den individuellen Lohnanteil erhöhen. Darüber werden wir im nächsten Traktandum diskutieren und beschliessen. Damit Sie aber wissen, worum es beim Antrag Kern geht, müssen wir über die Summe sprechen. Es geht um rund 3 Millionen Franken. Sollten Sie also im nächsten Traktandum der Erhöhung auf 2 % zustimmen, müssten wir in der Detailberatung des Voranschlages unter der Position "Personalkosten" eine Korrektur von 3 Millionen Franken vornehmen. In diesem Sinn müsste im nächsten Traktandum über den Antrag Kern abgestimmt werden. Der Grosse Rat legt den individuellen Teil und der Regierungsrat den generellen Teil fest.

Präsident: Ich danke Regierungsrat Koch für die Klärung. Der Antrag Kern wurde bei der Behandlung von Traktandum 1 und nicht von Traktandum 2 gestellt, weil, wie ich bereits ausgeführt habe, der SP-Fraktion im Grossen Rat vor zwei oder drei Jahren gesagt wurde, dass sie ihren Antrag zu spät eingereicht habe. Wir fahren jetzt aber mit dem nächsten Traktandum fort und werden dort dann auch über den Antrag Kern abstimmen.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Die Detailberatung zum Voranschlag 2011 wird an der nächsten Ratssitzung vom 8. Dezember 2010 durchgeführt werden.